

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1918**

5 (7.1.1918)

# VOLKSFREUND

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Wägen od. am Postalter monatl. 1.10 M., 1/2 jährl. 3.30 M., zugestellt durch unsere Träger 1.20 bezw. 3.60 M.; durch die Post 1.24 M. bezw. 3.72 M.; durch die Feldpost 1.25 M. bezw. 3.60 M., vorauszahlbar.

Ausgabe: Montag mittags, Geschäftszeit: 1/2 8-1/2 1 u. 2-1/2 6 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die Spalt. Kolonelleite od. deren Raum 20 A. Abhangen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluss d. Annahme 1/2 9 Uhr vorm. für groß. Aufträge nachm. zuvor — Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

## Stockung der Friedens-Verhandlungen.

### Der Streit um den Verhandlungsort.

Karlsruhe, 6. Januar.

Wir haben feierzeit bei Beginn der Friedensverhandlungen geschrieben, daß wir nach wie vor alle Beranlassung haben, kaltes Blut zu bewahren und über den nahen Frieden nicht verzweifeln zu lassen. Die Ereignisse haben uns recht gegeben. In den Friedensverhandlungen ist plötzlich eine Stockung eingetreten. Nachdem die russischen Unterhändler am 4. Januar, am festgesetzten Termin, nicht erschienen sind und statt dessen telegraphierten, daß ihre Regierung die Verlegung der Verhandlungen ins neutrale Ausland beantrage und die Punkte 1 und 2 der Ruskland allein gemachten Vorschläge des Vierbundes ablehne, hat die deutsche Regierung geantwortet, daß sie sich darauf nicht einlasse. Die Punkte 1 und 2 drehen sich um die Behandlung der besetzten Gebiete. Die Russen sagen, die betreffenden Völker sollen entscheiden, nachdem die Gebiete von den deutschen Truppen geräumt sind. Die deutsche Regierung steht auf dem Standpunkt, daß die gewählten Vertretungen der besetzten Gebiete bereits für Lösung von russischen Staatsentscheidungen, womit sich die russische Regierung auch abgefunden habe. Alsdann wäre vereinbart, daß unter allen Umständen nach Ablauf der zehntägigen Frist in Brest-Litowsk weiterverhandelt wird. Die deutsche Erklärung hatte bei der russischen Regierung zunächst bewirkt, daß die russische Delegation mit Trotski an der Spitze nun doch nach Brest-Litowsk gekommen ist. Die russische Delegation will allerdings zunächst über die Wahl des Ortes zu den weiteren Verhandlungen sich mit der deutschen Delegation verständigen.

Soweit sind wir im Momente, als wir dieses niederschreiben. Wir müssen gestehen, die plötzliche von russischer Seite gemachten Einwände wegen des Verhandlungsortes haben einigermassen überrascht. Der Verhandlungsort spielt sicher eine höchst untergeordnete Rolle. Da muß etwas anderes dahinterstehen. Der Standpunkt der deutschen Regierung, nicht ohne weiteres die besetzten Gebiete zu räumen, um nicht den Freiheiten der Entente Tür und Tor zu öffnen, kann nicht blindlings von der Hand gewiesen werden. Wer weiß, was aus der ganzen Volksbestimmung wird, wenn John Bull seinen schmutzigen Finger überall hineintun kann. So laßt die Entente sich nicht auf den gleichen Standpunkt bezüglich der Freiheit der Völker stellen, wie Deutschland, kann man uns nicht zumuten, alle Rechte aus der Hand zu geben. Die Entente will ja den Krieg weiterführen, ein Volk nach dem andern weiter unterjochen und ihren Brocken gefügig machen. Man kann daher der deutschen Regierung nicht zumuten, ohne beruhigende Garantien die besetzten Gebiete freizugeben.

Wir wollen hoffen, daß die Formel zu diesen Garantien bald gefunden wird. Vorläufig darf man die Gewissheit haben, daß weiterverhandelt wird, wenn auch zunächst über die Wahl des Ortes. Dieser kann aber keine Rolle spielen. Wenn nicht von der einen Seite die Absicht besteht, die Sache zu verschleppen. Brest-Litowsk war geeignet zum Abschluß des Waffenstillstandes, es muß auch geeignet sein zum Abschluß der Friedensverhandlungen. Es wäre etwas anderes, wenn die übrige Entente auch verhandeln wollte. Aber sie will ja nicht.

### Das Telegramm Joffes.

Petersburg, 5. Jan. (Pet. Tel.-Ag.) Der Vorsitzende der Friedensdelegation, Genosse Jaffe, hat gestern an die Vorsitzenden der Vertretungen von Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei folgenden Telegramm geschickt:

Die Regierung der russischen Republik sieht als dringlich an, die weiteren Friedensverhandlungen auf neutralem Gebiet zu führen und schlägt ihre Verlegung nach Stockholm vor. Die russische Delegation erwartet Antwort hierfür in Petersburg. Was den Vorschlag der deutschen und österreichischen Delegation vom 25. Dezember, wenigstens in der Fassung der ersten beiden Punkte anzunehmen, so sieht die Regierung der russischen Republik als geschäftsführender Hauptauschuss des Komitees in voller Uebereinstimmung mit der von unserer Friedensdelegation ausgedrückten Meinung, diesen Vorschlag als dem Grundsatze der freien Selbstbestimmung der Völker widersprechend an, selbst in der eingeschränkten Form der Antworterklärung des Vierbundes. Der Vorsitzende der Friedensdelegation: Jaffe.

### Die russische Armee will Frieden.

Rotterdam, 5. Jan. (Nicht amtlich.) Nach dem „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet der Korrespondent des „Daily Telegraph“: Es ist eine Tatsache, daß die Bolschewiki jetzt glauben, daß die Unterhandlungen von Brest-Litowsk mißglückt sind und daß die deutschen Vorschläge keine Grundlage bilden, auf der Rußland Frieden schließen könnte. Als aber Kommandant im

Sowjet mitteilte, daß die Bedingungen unannehmbar seien, standen die Vertreter der verschiedenen Armeen auf und erklärten, daß die Soldaten nicht kämpfen würden und es auch nicht tun könnten.

### Keine Antwort der Entente.

Brest-Litowsk, 6. Jan. (WV. Nicht amtlich.) Gestern abend ist folgender Funkpruch in deutschem Klartext abgefaßt worden:

„An die russische Delegation zu Händen ihres Vorsitzenden Herrn Joffe in Petersburg! In Ihrer Antwort auf die Vorschläge der russischen Delegation hatten die Delegationen des Vierbundes am 25. Dezember 1917 in Brest-Litowsk gewisse Forderungen für den Abschluß eines sofortigen allgemeinen Friedens aufgestellt. Zur Vermeidung einer einseitigen Festlegung halten sie die Gültigkeit dieser Forderungen ausdrücklich davon abhängig gemacht, daß sich sämtliche jetzt am Kriege beteiligten Mächte innerhalb einer angemessenen Frist ausnahmslos und ohne jeden Rückhalt zur genauesten Beobachtung der alle Völker in gleicher Weise bindenden Bedingungen verpflichten müßten. Mit Zustimmung der vier verbündeten Delegationen war darauf von der russischen Delegation eine zehntägige Frist festgesetzt worden, innerhalb welcher die anderen Kriegführenden sich mit den in Brest-Litowsk aufgestellten Grundfäden eines sofortigen Friedens bekanntmachen und über den Anschluß an die Friedensverhandlungen entscheiden sollten.“

Die Delegationen der verbündeten Mächte stellen fest, daß die zehntägige Frist mit dem 4. Januar 1918 abgelaufen ist und von keinem der anderen Kriegführenden eine Erklärung über den Beitritt zu den Friedensverhandlungen bei ihnen eingegangen ist.

Gezeichnet: Der Vorsitzende der verbündeten Delegationen: v. Kühlmann für Deutschland; Graf Czernin für Österreich-Ungarn; Popow für Bulgarien; Resfi Bey für die Türkei.“

### Die Verhandlungen mit den Ukrainern.

Brest-Litowsk, 5. Jan. (WV. Nicht amtlich.) Gestern und heute fanden in Brest-Litowsk unverbündete Besprechungen mit der ukrainischen Abordnung statt, die einen betriebigen Verlauf nahmen.

### Ein Dementi.

Berlin, 6. Jan. (WV. Nicht amtlich.) Die in mehreren Zeitungen verbreitete Nachricht, daß das Entlassungsgeheiß des Generals Lubendorff vorliege, entspricht nicht den Tatsachen. (Es handelt sich hier um eine Schwelbeldnachricht alldeutscher und vaterlandsparteilicher Blätter, welche mit der Sensation des Rücktritts Lubendorffs gegen Brest-Litowsk protestieren wollen. D. Red.)

### Wilson's „neue Freiheit“.

Stockholm, 5. Jan. (WV. Nicht amtlich.) „Nya Dagbladet“ erzählt von einem aus Amerika zurückgekehrten Schweden, daß in den Vereinigten Staaten ein wahrhaft zaristisches Polizeiregiment eingeführt worden sei. In allen Gesellschaftskreisen seien geheime Spione an der Arbeit, um den Kampf gegen die Anhänger des Friedens rückwärtslos durchzuführen. Es geschehe nicht selten, daß Leute, die sich freischützend, auf offener Straße verhaften würden. Trotz aller gewaltigen Propaganda sei der Krieg beim Volk unpopulär. Vor allem fürchten die Soldaten den Transport über das Meer, da gerüchelt werde, daß bereits große Transportdampfer versenkt worden seien. Lebensmittel seien in Fülle vorhanden, aber die Preise so gestiegen, daß es zu bössartigen Krawallen komme. Fast täglich brechen Aufstände aus, die von der Regierung mit militärischer Hilfe unterdrückt werden.

### Die Friedensverhandlungen im Reichstag.

Der „Zwischenfall“ beigelegt.

Berlin, 5. Jan. In der heutigen Sitzung des Hauptauschusses des Reichstags erklärte Unterstaatssekretär Frhr. v. d. Hülshof: Der Herr Reichstagspräsident hat gestern die Information der russischen Presse zurückgewiesen, daß wir uns in unloyaler Weise unteren Zulagen über das Selbstbestimmungsrecht der Völker entscheiden wollten. Im Anschluß an diese Erklärung stelle ich in ausdrücklichem Auftrag des Herrn Reichstagspräsidenten das folgende fest: Der Standpunkt des Herrn Reichstagspräsidenten zum Selbstbestimmungsrecht der Völker bleibt unverändert. Über dieser Standpunkt darf keine Deutung finden, die lediglich von den Interessen der Entente eingeleitet ist. Die in der neutralen Presse veröffentlichte Darstellung, als ob die russische Delegation den deutschen Vorschlag vom 25. Dezember als undiskutierbar abgelehnt hätte, ist tatsächlich unrichtig. Die russische Delegation hat zuvor Bedenken gegen die von uns vorgeschlagene Formulierung erhoben, sich indes ausdrücklich damit einverstanden erklärt, daß über diese

Formulierung in einer Kommission weiterberaten werden solle. Um eine Verständigung herbeizuführen zwischen unseren und den russischen Delegierten, war vereinbart, daß die Fortsetzung der Verhandlungen auch über die strittig gebliebenen Punkte am 5. Januar in Brest-Litowsk erfolgen solle. Unsere Verbündeten haben unter diesen Umständen mit uns einmütig den Vorschlag der Russen nach Verlegung des Verhandlungsortes abgelehnt. Inzwischen ist uns von Brest-Litowsk folgendes Telegramm zugegangen: „Am 4. Januar um 10 Uhr abends ist hier das in Uebersetzung folgendermaßen lautende Hughes-Telegramm aus Petersburg eingetroffen: An die Herren Vorsitzenden der vier verbündeten Mächte!“

Die Verlegung der Verhandlungen auf neutrales Gebiet entspricht dem erreichten Stand der Verhandlungen. In Anbetracht der Ankunft Ihrer Delegationen am früheren Ort der Verhandlungen wird unsere Delegation zusammen mit dem Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten Trotski morgen nach Brest-Litowsk fahren in der Ueberzeugung, daß eine Verständigung über die Verlegung der Verhandlungen auf neutralem Boden keine Schwierigkeiten machen wird.

Die russische Delegation. Inzwischen ist mit den in Brest-Litowsk mit Vollmacht versehenen Vertretern der Ukraine in friedliebender Weise verhandelt worden. Weitere tatsächliche Mitteilungen können von Seiten der Regierung heute nicht gemacht werden.

Nach kurzer Geschäftsbesprechungsörterung wurde mit großer Mehrheit der Vorschlag des Vorsitzenden angenommen, die politischen Erörterungen abzubrechen und die Kräfte der Gefangeneneinlieferung und des Gefangenenaustausches zu erteilern.

### Friedensabnahme der „Unabhängigen“.

Während militärische Vertreter Deutschlands in Brest-Litowsk die Vorbereitungen des Friedens, den Waffenstillstand, zu schaffen suchten, und die deutsche Regierung sich bereit erklärte, auf der Grundlage der Vorschläge der russischen Arbeiter- und Soldatenräte in Friedensverhandlungen einzutreten, kamten die deutschen unabhängigen Sozialisten keine größere Sorge als die, wie der Friede mit Rußland erreicht werden könnte. Wir erhalten darüber aus verschiedenen unanfechtbaren Quellen aus Stockholm unangenehme genaue Mitteilungen, denen wir für heute folgenden entnehmen:

In den Tagen vor Weihnachten erhielten die Bolschewiki von Führern der deutschen unabhängigen Sozialdemokratie die dringende Mahnung, die Friedensverhandlungen zu verschleppen, weil die Entwicklung in Deutschland sich in ihrem, d. h. revolutionären Sinne vollziehe. Der Abschluß eines Separatfriedens zwischen Deutschland und Rußland wäre verwerflich, weil er die revolutionäre Entwicklung in Deutschland beeinträchtigen und seine herrschenden Schichten stärken würde. (1)

Soweit die Mitteilung. Wenn jetzt die Friedensverhandlungen mit Rußland weiter sollten, tragen einen großen Teil der Verantwortung dafür die Unabhängigen, welche sie mutwillig sabotiert haben. Auch Mitteilungen an die Bolschewiki, daß eine neue unerhörte Verfolgung der Unabhängigen in Deutschland eingeleitet habe in Petersburg sehr gegen den Frieden gewirkt.

## Kriegsnachrichten.

### Deutscher Tagesbericht.

WV. Großes Hauptquartier, 6. Jan. (Amtlich.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Feuerstätigkeit blieb meist gering. Sie steigerte sich vorübergehend an verschiedenen Stellen der Front im Zusammenhang mit Erkundungsgeschten. Französischer Vorstoß in der Champagne wurden im Nahkampf abgewiesen. Bei Znuicourt und nordöstlich von Vocourt brachten eigene, nach Feuertorbereitung durchgeführte Unternehmungen, ebenso wie ein überraschender Einbruch in die feindlichen Linien westlich von Bezondvaug zahlreiche Gefangene und einige Maschinengewehre als Beute ein. Im Walde von Millly verhielten sich die Franzosen zweimal vergeblich in unsere Gräben einzudringen.

Am 4. und 5. Januar wurden im Luftkampf und von der Erde aus 15 feindliche Flugzeuge und 4 Fesselballons abgeschossen.

### Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues. Mazedonische Front. Die Lage ist unverändert. Italienische Front. Weiderseits der Brenta, im Lombagebiet und am Monte Ilo zeitweilig Artilleriekampf. Der 1. Generalquartiermeister: Lubendorff.

### Feindlicher Fliegerangriff.

Karlsruhe, 6. Jan. (Amtlich.) In den frühen Morgenstunden bewarfen heute feindliche Flieger wiederum Mannheim, Ludwigshafen, Offenburg und Freiburg mit einigen Bomben. Der angerichtete Schaden ist gering. Eine Person wurde getötet, 3 verletzt. (Weitere Nachrichten siehe Seite 3.)

Seite 6.  
lung.  
ren  
nde?  
nd,  
pflicht  
Du  
ffleke  
1/2 1 Uhr.  
en:  
tingen.  
verlehte.  
ohne Kapital  
tionensartikel.  
dlich begünstigt  
in der Taiche  
1.60 franko.  
Babern).  
Gebrauch haben,  
auf aufmerksam  
2127  
Karlsruhe.  
am 7. Januar  
für freiwillige  
nisch und Ja-  
Kontoforrent-  
und Forzige  
Hundschiff.  
Gabelsberger,  
ene und für  
kursen findet in  
18.  
en sind für die  
bei Anmeldung  
tionen werden  
ber Besuch und  
Geschäftsstunden,  
und halb 9 Uhr,  
angenommen.  
Karlsruhe.  
Versicherungs-  
dor Kaufmann  
Respekt.  
beier, Sergeant  
sief Schnee von  
von Königsbach,  
ng, Kaufmann.  
er, Kaufmann.  
r, Albert Peter  
ater Julius  
e), Vater Rich-  
ffner, Bureau-  
Schlosser, Ma-  
einer, Herbert  
ater Gustav  
im Hillmann,  
er, Buchbinder  
eher, Fuhrer-  
Kloster, Heinz  
e, Ehefrau von  
asmarat a. D.  
Wittmer, alt  
Jahre, Lebig-  
Schmitt, Eduard  
ter, Tagelöhner.



Dr. Zehner Oberlandesgerichtspräsident?

Als Nachfolger des kürzlich beim Ministerwechsel zum Minister des Großh. Hauses, der Justiz und des Auswärtigen ernannten Oberlandesgerichtspräsidenten Dr. Düringer soll, wie wir hören, Herr Landgerichtspräsident Dr. Zehner, der bekannte Zentrumskabine, in Aussicht genommen sein.

Recht, 6. Jan. Am Samstag früh brach in der Maßfabrik von D. Pech in der Darre Feuer aus. Der Materialschaden dürfte bedeutend sein.

Stuttgart, 6. Jan. In Bruchhausen machte sich in einem unerwarteten Augenblicke das vierjährige Mädchen des Kaufmanns Meißner am Rückenherbe zu schaffen. Die Kleider des Kindes fingen Feuer und es erlitt so schwere Brandwunden, daß es daran verstarb.

Recht, 6. Jan. In der Nacht zum Samstag brach in der Brauerei von Eibel Feuer aus. Ein Teil des Brauereigebäudes fiel ihm zum Opfer. Auf dem Stadtwaldacker saßen sich, wie die „Rehler Zeitung“ schreibt, unterhalb der neuen Brücke beim Kranenhaus warme Quellen bemerkbar.

Recht, 6. Jan. In der Nacht zum Samstag brach in der Brauerei von Eibel Feuer aus. Ein Teil des Brauereigebäudes fiel ihm zum Opfer. Auf dem Stadtwaldacker saßen sich, wie die „Rehler Zeitung“ schreibt, unterhalb der neuen Brücke beim Kranenhaus warme Quellen bemerkbar.

Offenburg, 6. Jan. Auf dem hiesigen Bahnhof ereignete sich ein schwerer Unglücksfall. Der verheiratete Schirrmann Fischer aus Wippenweier stand auf einer fahrenden Rangiermaschine, rutschte aus und fiel unter die Maschine, die ihn sehr schwer verletzten. Auf dem Weg nach dem Krankenhaus ist der Verunglückte seinen Verletzungen erlegen.

Gefangenenträger im Hauptanschluß.

Berlin, 5. Januar.

Bei der Besprechung von Gefangenenträger-Austauschfragen fragte Abg. Erzberger (Zent.), wie groß die Zahl der Gefangenenträger sei, und wie es mit dem Kompromißabkommen stehe. Das Gefangenenträgerproblem müsse der erste Erfolg der deutschen Kommission in Petersburg sein. Der Redner fragte nach der Zahl der Kriegsgefangenen auf beiden Seiten und nach der Lage der Gefangenenträger in den Gefangenenträgern. In der Zeit des Austausches, die nicht kurz sei, müßten Fürsorgemaßnahmen getroffen werden durch Fürsorgekommissionen, die in den Konzentrationslagern wirken und sich der Gefangenenträger annehmen. Amerika habe in dieser Hinsicht seine Verpflichtungen schamlos verletzt. Wie sei der Austausch gebacht? Hierbei sei auf das Wirtschaftsleben Rücksicht zu nehmen.

Abg. Prinz zu Schönaich-Carolath (natl.) schließt sich diesen Überlegungen an. Schon jetzt sei eine erhebliche Verbesserung des Lebens unserer Kriegsgefangenen Landsteute eingetreten. Früher war der Besuch der Konzentrationslager erschwert oder unmöglich. Hoffentlich haben unsere Liebesgaben ihr Ziel erreicht. Der Redner dankt der Schweiz für ihre verbindliche menschenfreundliche Tätigkeit.

Abg. Kretsch (Kons.): Da man die Pläne des Auswärtigen Amtes und der Geresverwaltung nicht kennt, ist es schwer, über diese Angelegenheit zu sprechen. Amerika hat seine Gegenseitigkeit auch auf diesem Gebiete bewiesen. Unser Wirtschaftsleben wird durch den Austausch der Gefangenenträger stark in Mitleidenhaft gezogen, insbesondere die Landwirtschaft.

General Friedrich vom Kriegsministerium begrüßt die Gefangenenträger zur Aussprache. Wir halten es für eine nationale Angelegenheit, die Frage der Gefangenenträger zu lösen, deshalb haben wir uns entschlossen, Militärgefangene gegen Zivilgefangene auszuwechseln. Die Verhandlungen waren schwierig, weil die russischen Forderungen sehr weit gehen. Endlich sind 4000 russische Offiziere gegen 1000 deutsche Offiziere und sämtliche verbleibende Offiziere ausgetauscht worden. In nicht so langer Zeit wird die Ostpreußenfrage erledigt sein. Es besteht auch Hoffnung, hinsichtlich der Zivilgefangenen mit Frankreich und England ins Reine zu kommen. Wir haben in dem schwedischen Vertreter in Petersburg eine ausgezeichnete Hilfe. Das neutrale Rote Kreuz wird uns helfen müssen. Von einer allgemeinen Notlage unserer Gefangenenträger in Russland darf man nicht sprechen. Es läßt sich auch mit Geld viel helfen. Hinsichtlich der Ernährung der Gefangenenträger haben wir eine wertvolle Hilfe in Dänemark gefunden. Ueber die Haltung Amerikas zu sprechen, ist im Augenblick zwecklos. Den neutralen Staaten gebührt unengestränkter Dank. Beim Austausch kommen zunächst die Kränklichen in Betracht. Der Weg der Gefangenenträger kann nur durch die Front gehen. Familienwörter und ältere Leute werden bevorzugt. Eine schematische Reihenfolge ist unmöglich. Unser Verfahren wird gute Früchte bringen. Es ist hat die Zulassung schwedischer Delegierter nach der Weimaranbahn beschlossen. Unser Eingreifen und unsere Vergeltungsmaßnahmen haben dort bessere Verhältnisse geschaffen. Die Liebesgaben kommen in die Hände der Gefangenenträger.

Abg. Noke (Soz.): Generell sind Vergeltungsmaßnahmen nicht zu verurteilen. Aus Frankreich kommen wieder Klagen über unzureichende Behandlung der Kriegsgefangenen. Hier wäre einmal eingzugreifen. Unter der neuen Regierung ist Verbesserung in Russland eingetreten. Man sollte diejenigen bevorzugen, deren Familien schwere Kriegsverluste gehabt haben. Für die Landwirtschaft wird der Arbeitermangel zu überwinden sein durch Gewährung von ausreichenden Löhnen und angemessener Behandlung. Ueberflüssige Anordnungen, die nur Mißstimmung herbeiführen, sollten vermieden werden, namentlich soweit internierte Polen und Rumänen in Frage kommen. Man solle sie aus den Armeen entlassen, sie würden dann nützliche Arbeit leisten können.

Abg. v. Trampczynski (Pol): Es ist nicht richtig, wenn von der Regierung gesagt wird, daß die Polen als Freiarbeiter behandelt werden und nur die Einhaltung der Arbeitsverträge gefordert wird. Die Arbeitsbedingungen müssen günstiger werden.

Abg. Gothein (Nostsch): Die Situation auf unserem Arbeitsmarkt ist zweifellos schwierig, aber der Wahn der Ostfront wird viele Arbeitskräfte freimachen. Die Gefangenenträger sind beim General Friedrich in guten Händen. Seinen Darlegungen ist zuzustimmen. Die Klagen hinsichtlich Amerikas Verhalten, als es noch neutral war, sind berechtigt, aber warum will man mit der Verhaftung der Russen bis zum Frieden warten?

Abg. Dr. Gohn (Unabh. Soz.): Soweit es sich um eine Humanitätsfrage handelt, sind wir im Anschluß einig. Hinsichtlich des Prinzips des Austausches Kopf gegen Kopf hat das Kriegsministerium seine konsequente Haltung. Man sollte nur Grundfälle aufstellen, die man überall durchhalten kann.

General Friedrich: Die Berücksichtigung von Familienwörtern der vom Abg. Noke genannten Art wird erfolgen. Unsere Organe

haben verstanden, das Los der Kriegsgefangenen angemessen zu gestalten. Eine Verschleppung der Angelegenheit wird nicht erfolgen. Der leitende Gesichtspunkt muß das Humanitäre sein. Damit lassen sich die anderen Gesichtspunkte sehr wohl vereinigen. Hinsichtlich der anzuhaltenden Grundfälle muß man bei den Austauschverhandlungen die Grundlagen berücksichtigen. Der Vorschlag, daß dabei Widersprüche herauskommen, wiegt nicht schwer. Weiterberatung: Montag Nachmittag

Aus der Stadt.

Karlruhe, 7. Januar.

Das Zurückgehen der Kohlenzufuhr.

Der eingetretene anhaltende Frost hat zusammen mit dem überaus niedrigen Rheinwasserstand eine starke Einschränkung der Rheinschifffahrt und damit eine Verminderung der Kohlenzufuhr verursacht und es muß beim Anhalten der kalten Witterung und bei Zunahme der Ralte mit einem noch weiteren Zurückgehen der Kohlenzufuhr auf dem Wasserwege gerechnet werden. Wie wir nun an zuständiger Stelle hören, hat man sich im Ministerium des Innern schon vor Tagen mit dem Kohlenkommissar in Berlin und dem Generaldirektor der Bad. Staatsbahnen ins Benehmen gesetzt, um eine stärkere Kohlenzufuhr auf dem Seilenerweg zu erlangen. Immerhin muß in Betracht gezogen werden, daß sich auch hier mancherlei Schwierigkeiten der Ausführung in den Weg stellen. Die Stadt Mannheim hat bereits, um mit den vorhandenen Vorräten durchhalten zu können, die Schließung der Theater, Kinos, Konzerte und Versammlungshäuser, der Mittelschulen und der Handelsschule ins Auge gefaßt. Wir erfahren hierzu weiter, daß von der Großh. Regierung zurzeit noch nicht beabsichtigt ist, eine solche durchgreifende Maßnahme, die einige Gewerbe schwer schädigt, auf sämtliche Städte des Landes auszubehnen. Boden steht jetzt schon mit der 10-Uhr-Polizeistunde mit an erster Stelle unter den deutschen Bundesstaaten. Immerhin werden, wenn die Ralte weiter anhält oder gar noch zunehmen sollte, auch ministerielle Anordnungen über weitere Einschränkung im Kohlenverbrauch nicht zu vermeiden sein.

Sozialdemokratische Bürger-Ausschuß-Fraktion, Mittwoch, 9. Januar, abends 8 Uhr. Fraktionsbesprechung im kleinen Rathsaussaal. Tagesordnung: Erfahrungen in den geschäftsführenden Vorstand betreffend.

Gastverre. Die Produktion des Gastwerkes ist zurzeit leider so begrenzt, daß eine ganz bedeutende Einschränkung des Gastverbrauchs zur unbedingten Notwendigkeit geworden ist. Ausnahmen können nur in besonders dringenden Fällen gestattet werden. Die Anordnungen in der Gastverre werden durch Beauftragte des Gastwerkes überwacht. Zuwiderhandelnden wird das Gas entzogen. In die Einwohnerviertel wird die dringende Bitte gerichtet, nach besten Kräften an der erfolgreichen Durchführung dieser unumgänglich notwendigen Sparmaßnahmen mitzuarbeiten, damit eine vollständige Stilllegung des Gastwerkes vermieden wird.

Na. Holzpende des Großherzogs. Der Großherzog hat das Schloss und Jagdhaus hier angewiesen, der Stadt Karlsruhe 150 Eiser Brennholz gegen Ertrag der Zurechtungskosten von etwa 8 Mk. für den Tier zur Verfügung zu stellen.

Joseph Plant hat für seinen am Donnerstag, den 10. Januar, im Museumsaal stattfindenden Seltener Abend für den ersten Teil ein neues literarisches Programm zusammengestellt, darunter Werke von Fontane, Müllers, Heide, Andersen, Anber, Stern, Stieler, Noegger, Eitlingers u. a. Im zweiten hundert Teile gelangt der „Lannhäuser“ von Richard Wagner in verbesserter Form zur Aufführung. In dem Einzug der Gäste in die Würzburg werden außer den Operngedichten auch das gesamte Schauspielpersonal als Statisten mit. Das neue Kinodrama heißt sich: „Der erste junge Viehe“. Im Vorleitetel treten zum ersten Male Barlergebrüder (6 Stück) und ein nationaler Mann auf. Der Kartenverkauf hat bereits rege eingeleitet in der Hofmusikalienhandlung Fr. Doert.

Arbeiterbildungsverein. Heute Montag, 7. Januar, abends 8 Uhr, findet im Hause des Vereins, Wilhelmstraße 14, ein Vortrag mit Lichtbildern statt: „Unser Siegeszug in Italien von Jongo bis zum Piave“. Der Vortrag ist unentgeltlich, Gäste sind willkommen.

Galerie Moos: Die Januar-Ausstellung Karlsruher Künstler umfasst Gemälde von Prof. Gatz, Dill, Febr. Georgi, Mauerlein, Thoma, v. Kollmann, Dill-Malsburg, Grimm, Hanjmann, Len, Raskott, Kamm, Segewitz, Schöbe, Wölz, Jabatin, ferner neue Graphik und Plastik von A. Tegenhard.

Konzert - Museumsaal, Am Samstag, den 19. Januar, abends 7 1/2 Uhr, beschließen Frau Herta Jan-Eden, Violine, Frau Kammerfräulein Beatrice Bauer-Rottlar, Gesang, und Frau Hedwig Mary-Girch, Klavier, die schon auswärts zusammen für Wohlthätigkeit konzeriert haben, auch hier ein Konzert im Museumsaal zu geben, zugunsten des Oranschenhauses Karlsruhe des Bad. Heimathaus. Mit der Konzertförderung ist beauftragt die Hofmusikalienhandlung Fr. Doert.

Sonstige Kriegsnachrichten.

Die Franzosen schonen ihre eigenen Landsleute nicht. Berlin, 5. Jan. (W. B. Nicht amtlich.) Durch feindlichen Bombenwurf hat wiederum die französische Zivilbevölkerung zu leiden gehabt. In dem weit hinter unserer Front gelegenen Boucau wurden drei Personen durch die Bomben ihrer Landsleute oder Verbündeten getötet und vier Franzosen schwer verwundet.

Die englischen Riesenverluste. Berlin, 5. Jan. (Privattelegramm.) Nach einer Haager Meldung des „Berliner Lokalanzeiger“ sagte der Abgeordnete Hoage im Londoner Unterhaus, daß die englischen Verluste im Jahre 1917 mit Einschluß der Schlacht von Cambrai 850 000 Mann betragen haben. Seit Beginn betragen sie mehr als zwei Millionen, darunter mindestens 3/4 Millionen Tote.

Ein Zwischenfall auf dem Bodensee. W. B. Bern, 5. Jan. Das Pressebureau des Armeestabs teilt mit: Am 28. Dezember nachmittags ließ der Unteroffizier des Grenzpostens Seedorf einen deutschen Bodensee-Dampfer beschleichen, der sich seiner Ansicht nach den schweizerischen Ufern zu sehr genähert hatte. Personen wurden offensichtlich nicht verletzt. Die Unternehmung er-

gab, daß der sonst gewissenhafte Unteroffizier in unerklärlichem Uebereifer den erlassenen Befehlen zuwiderhandelte; er wird bestraft. Den zuständigen deutschen Behörden wurde das lebhafteste Bedauern des Armeekommandos über den peinlichen Zwischenfall ausgesprochen.

Die Lage in Russland.

W. B. Amsterdam, 5. Jan. Nach einem hiesigen Blatt melden die „Times“ aus Petersburg: Der Bürgerkrieg in Südrussland dauert fort, obwohl Kaledin einen Waffenstillstand unter der Bedingung vorgeschlagen haben soll, daß die Bolschewiki die Streitfrage durch einen Ausschuß untersuchen lassen und die verfassunggebende Versammlung einberufen werden soll. Andererseits wird berichtet, daß zwischen den Kosaken und der Ukraine eine Regelung zur gegenseitigen Unterstützung zustande gekommen sei. Nach einem Telegramm eines Kommandanten der Bolschewikentruppen sei die Lage sehr ernst. Kaledin und Kornilow rückten auf Chartow und Koronesch vor. Bei der Station Mitowka kam es zu einem heftigen Kampf zwischen den Bolschewiken und den Kosaken. Bei Zefaterinoslaw wird seit 5 Tagen gekämpft. In Nowoscherlask werden aus Flüchtlingen aus Petersburg und Moskau neue Truppen zusammengestellt.

Rotterdam, 6. Jan. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ erfährt aus London vom 4. Jan.: Die Bolschewiken halten Charkow besetzt, aber die Truppen des Generals Tschernobajew schließen die Stadt allmählich ein. Starke Truppen der Bolschewiken werden bei Koronesch zusammengezogen und bereiten einen Angriff auf Kaledin vor. Bolschewiki, die mit der Eisenbahn von der kaukasischen Front kamen, wurden bei Kostow durch Kaledins Truppen entzweit.

Das selbständige Finnland.

Berlin, 6. Jan. (W. B. Amtlich.) Nachdem die russische Regierung erklärt hat, daß sie zur sofortigen Anerkennung der Unabhängigkeit Finnlands bereit sei, sobald ein Antrag der Finnen vorliege und nachdem die finnische Regierung einen entsprechenden Schritt in Petersburg getan hat, der entgegenkommend aufgenommen worden ist, hat S. M. der Kaiser den Reichskanzler Grafen von Hertling unter dem 4. d. M. beauftragt, den hier anwesenden Bevollmächtigten der finnischen Regierung, Staatsrat Hjelt, Prof. Erich und Direktor Sario, im Namen des Deutschen Reiches die Anerkennung der finnischen Republik auszusprechen. Reichskanzler Graf von Hertling hat in Anwesenheit des Unterstaatssekretärs Freiherrn von dem Busche die drei Bevollmächtigten heute empfangen und ihnen die Anerkennung Deutschlands erklärt.

Letzte Nachrichten. Neue U-Boot-Erfolge.

Berlin, 5. Jan. (Amtlich.) Kühnes Draufgehen unserer U-Boote bei stärkster feindlicher Gegenwehr hat den Feinden wiederum den Verlust von 22000 BRT. eingetragen. 3 große Dampfer fielen den Torpedos im Vermellanal zum Opfer. Einer der Schiffe war ein tiefbeladener, oftmals steuernder großer Dampfer. Er sank binnen 40 Sekunden. Von den übrigen Schiffen konnte eines als der bewaffnete englische Dampfer „Kolbaris“ (3146 Tonnen) festgehalten werden. Das Schiff war mit wertvoller Eisenerz- und Phosphatladung nach England bestimmt.

Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

Berlin, 6. Jan. (Amtlich.) J. Am 22. Dezember 1917 hat eines unserer Unterboote im Mittelmeer die Hochöfen und Schmelzwerke von Biombino wirkungsvoll beschossen. 2 Schneidigen U-Bootsangriffen sind im westlichen Mittelmeer letzthin 8 Dampfer und 2 Segler mit rund 36 000 Bruttoregistertonnen zum Opfer gefallen. Die Dampfer, die mit Ausnahme von einem beladen waren, fuhrten sämtlich in stark gefährlichen Geleitzügen. Einer der Dampfer hatte Ruvisionsladung für Italien. Er ging fast augenblicklich nach dem Torpedoanriff unter. Auch die übrigen Schiffe waren überwiegend Transporter nach Genua. Ihr Verlust bedeutet für Italien einen empfindlichen Ausfall an Kriegsmaterial.

Mit welcher Umsicht und Gedächlichkeit die Geleitzüge angegriffen wurden, zeigt die Tatsache, daß in einem Fall aus einem Geleitzug in 23 Minuten 3 Dampfer herausgeschossen in einem anderen ein aus 2 Dampfern bestehender Geleitzug vernichtet wurde und aus einem weiteren Geleitzug von drei Schiffen im Doppelschub 2 Dampfer verentet wurden.

Unter den versenkten Dampfern, die alle bewaffnet waren, befanden sich die italienischen Dampfer „Aktualita“ (4791 BRT.) und „Monte Bianco“ (6968 BRT.). Zwei der versenkten Segler, darunter der italienische Schoner „Giulio S.“, hatten Schwefel, der dritte Kohlen geladen. Während der Versenkung des einen Seglers wurde das U-Boot von einer Landbatterie bei Cap San Vito (Sizilien) beschossen; die Batterien jedoch durch das U-Boot zum Schweigen gebracht.

Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

Engelbert Bernerstorfer †.

Wien, 6. Jan. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und Abgeordneter des österreichischen Abgeordnetenhauses Engelbert Bernerstorfer ist 68-jährig gestorben.

Eine Kundgebung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

trat gestern zusammen. Die Beratung gestaltete sich, wie der „Vorwärts“ sagt, insofern schwierig, als die Materie, der sie galt, sich noch völlig im Fluß befindet. Nach mehrstünd. Debatte beschloß die Fraktion eine Kundgebung, in der sie einmütig das Verhalten ihrer Vertreter im Hauptauschuß billigt und ihre Entschlossenheit bekundet, jedem Mißbrauch des Selbstbestimmungsrechts der Völker zum Zweck verheerender Annektionen mit Entschiedenheit entgegenzutreten.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Hermann Kadel; für den Inzeratenteil Gustav Krüger, beide in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Briefkasten der Buchhandlung.

Den Lesern vom „Neuen Weltkrieger“ zur Nachricht, daß dieser vollständig begriffen ist und infolgedessen nicht mehr geliefert werden kann.

